

Vorschlag

gemäß der Geschäftsordnung

**Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / CDU-Fraktion / FDP-Fraktion
/ SPD-Fraktion**

Nr.: A 19/0509-01

Status: öffentlich

Datum: 18.06.2019

Vorschlag zum TOP "Erhalt des Kinderärztlichen Notdienstes in Mülheim an der Ruhr"

Vorschlag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD

Beratungsfolge

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	27.06.2019	Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Vorschlag:

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD schlagen vor:

1. Die Tagesordnung des Rates der Stadt wird um den Punkt „Erhalt des Kinderärztlichen Notdienstes“ erweitert.
2. Die Verwaltung informiert über den aktuellen Stand ihrer Bemühungen, in Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein den Erhalt des Kinderärztlichen Notdienstes zumindest an einem Standort in Mülheim an der Ruhr (z.B. am Marien-Hospital) ab 01.07.2019 zu erreichen und auf dessen geplante Verlegung nach Oberhausen zu verzichten.
3. Der Rat der Stadt ermuntert das Gesundheitsdezernat, die Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein fortzuführen, um die bisherige negative Entscheidung für Mülheim an der Ruhr zu korrigieren und den Kinderärztlichen Notdienst in Mülheim an der Ruhr ab 01.07.2019 zu erhalten.

Sachverhalt:

Die Antragstellerinnen haben sich bereits mehrfach gegen die Planung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein ausgesprochen, den Kinderärztlichen Notdienst von Mülheim an der Ruhr nach Oberhausen zu verlegen.

In einem Schreiben vom 29. Mai 2019 wurde den Mülheimer Kinderärzten durch die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein mitgeteilt, dass ab dem 01.07.2019 der

Kinderärztliche Notdienst in Mülheim eingestellt wird. Stattdessen wird das Angebot mit dem der Stadt Oberhausen fusioniert. Zukünftig wird es nur noch ein Anlaufpunkt, das Evangelische Krankenhaus Oberhausen, für den Notfall geben. Mit diesem Schritt wird sich die Anfahrts- und Wartezeit für Mülheimer Eltern deutlich verlängern. Hinzu kommt, dass die Kinderärzte in Oberhausen bereits jetzt an der Belastungsgrenze arbeiten. Statt einer Fusion wäre es wichtiger, das Angebot zu erweitern.

Tim Giesbert

Sprecher der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Christina Küsters

Vorsitzende der
CDU-Fraktion

Peter Beitz

Vorsitzender der
FDP-Fraktion

Dieter Spliethoff

Vorsitzender der
SPD-Fraktion